

**Rede des Bundestagsvizepräsidenten Johannes
Singhammer**

**anlässlich des Heilig-Dreikönig-Treffens der CSU
München**

**am 06. Januar 2016 im Augustiner, Fußgängerzone,
Grüner Saal**

Ein herzliches „Grüß Gott“ an alle, die zum traditionellen Heilig-Dreikönig-Treffen der CSU in München gekommen sind. Wir freuen uns gemeinsam, dass heute jemand bei uns ist, der nicht die vierte Gewalt in Deutschland – die Medien -, der nicht die dritte Gewalt – die Justiz -, der nicht die zweite Gewalt – die Bundesregierung-, sondern der die erste Gewalt in unserem Staat vertritt, den Deutschen Bundestag, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Norbert, Du gibst uns die Ehre an einem besonderen Tag: vor genau 70 Jahren, am Heilig-Dreikönigs-Tag des Jahres 1946 fand eine entscheidende Versammlung der christlichsozialen Union in München in der Kongresshalle im Deutschen Museum statt. Das erste Heilig-Dreikönigs-Treffen! Die Süddeutsche Zeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 07. Januar 1946, dass der Hausherr des Deutschen Museums, Walter von Miller und der

Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagel eine gemeinsame Kraftanstrengung für den Wiederaufbau eines zerstörten Deutschlands und eines zerstörten Münchens verlangten. Die zentrale Aussage war: eine neue Heimstätte für ein obdachlos gewordenes Volk. Die Münchner CSU hat in den zurückliegenden 70 Jahren zunächst als Keimzelle die Christlich-Soziale Union in Bayern mitgegründet, über Jahrzehnte hinweg mitgeprägt und ist zur erfolgreichen Großstadtpartei gewachsen. Mein Dank gilt dem Vorsitzenden der CSU München, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, der entscheidenden Anteil daran hat.

Ich freue mich, dass unter uns sind:

- der Chef der CSU im Herzen unserer Stadt, Stadtrat Georg Schlagbauer, Präsident der Handwerkskammer
- der Fraktionsvorsitzende der CSU im Stadtrat, Hans Podiuk
- der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Joachim Unterländer
- die Bundestagsabgeordneten
 - Julia Obermeier
 - Dr. Hans-Peter Uhl
 - Dr. Bernd Fabritius
- die Landtagsabgeordnete Mechthilde Wittmann

- die Münchner Stadträte
 - Walter Zöllner
 - Thomas Schmid
 - Dr. Alexander Dietrich
 - Dr. Theiss
 - Ulrike Grimm

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bundestagspräsident ist das Gesicht der Parlamentarischen Demokratie. Norbert Lammert repräsentiert die erste Gewalt der Bundesrepublik Deutschland und ihm gelingt es in herausragender Weise über Parteigrenzen hinweg, Maßstäbe zu setzen für unser weltweit geachtetes Parlament, den Deutschen Bundestag.

Lieber Norbert, in Deiner Antrittsrede hast Du die Bedeutung der Parlamente so beschrieben: „Was ein politisches System als Demokratie qualifiziert ist nicht die Existenz einer Regierung, sondern die Existenz eines Parlamentes und seine gefestigte Rolle im Verfassungsgefüge wie in der politischen Realität.“ Die Herzkammer der Deutschen Demokratie, der Deutsche Bundestag hat das Vertrauen der Menschen und die erste Gewalt bedarf guter Arbeitsbedingungen für die Parlamentarier. Was manche nicht wissen: annähernd 3.000 Beamte oder Angestellte, inklusive einer eigenen

Bundestagspolizei sorgen dafür, dass der Parlamentarismus nicht nur funktioniert, sondern dass er praktiziert wird. Die Geräuschlosigkeit mit der die Verwaltung arbeitet als Selbstverständlichkeit zu betrachten, ist besonderes Kompliment an den Bundestagspräsidenten. Norbert Lammert ist ein Liebhaber der deutschen Sprache für deren gewählten Gebrauch er sich immer einsetzt und er weicht keiner notwendigen Diskussion aus, sei sie auch mit hohen Schwierigkeitsgraden versehen.

Wie groß soll der Bundestag sein? Vor wenigen Tagen hat noch Norbert Lammert eine notwendige Diskussion angestoßen, wie viele Mandate der im Jahr 2017 zu wählende Bundestag haben soll. 598 steht im Wahlgesetz, derzeit sind 631 gewählt worden und je nach Wahlergebnissen könnten es aber wesentlich mehr werden, ohne dass dies jemand vorherzusehen vermag. Mit diesen Unwägbarkeiten hat der Bundestagspräsident die Reform des Wahlrechts begründet. Ich halte eine Reform des Wahlrechts für geboten und hoffe, dass die Fraktionen im Deutschen Bundestag den Vorschlag nicht als lästig und besonders schwierig abtun. Ein transparenteres Wahlrecht ist kein Luxus, sondern hat mit dem Ansehen des Deutschen Bundestages zu tun.

Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland wollen vor der nächsten Bundestagswahl wissen, wählen Sie weniger als 600 Abgeordnete oder vielleicht fast 700 Mitglieder des Parlaments. Und wie steht es mit der Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages bei einem erheblichen Zuwachs von Mandatszahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Anfang des Jahres 2015 gab es Prognosen, dass 400.000 Flüchtlinge bis Ende des vergangenen Jahres nach Deutschland kommen würden. Wer 600.000 oder 800.000 als Flüchtlingszahl nannte, galt als Schwarzseher. Heute wissen wir, dass 1,1 Millionen Flüchtlinge allein die Grenzen nach Bayern überschritten haben. Die Bundeskanzlerin sagt: „Wir schaffen das!“

Ja, wir in Bayern haben etwas geschafft und gerade auch in München, worauf wir stolz sein können. Behörden, professionelle Hilfsorganisationen und eine unübersehbare Zahl von Ehrenamtlichen haben dafür gesorgt, dass mit den 1.100.000 Flüchtlingen anständig umgegangen wurde, dass sie gut versorgt worden sind und dass buchstäblich niemand im Regen stehen bleiben musste. Aber diese große Zahl von Flüchtlingen kann nicht Jahr für Jahr erneut aufgenommen werden mit einer

zusätzlichen noch unbekanntem Zahl von Familienangehörigen.

Wir als CSU sagen:

1. Kein Land der Erde schafft es unbegrenzt Menschen aufzunehmen
2. Zentrale Prinzipien der Grenzsicherung und Zugangskontrolle dürfen nicht aufgegeben werden. Die Existenzberechtigung eines Staates ist nicht mehr und nicht weniger als das Versprechen, die innere und äußere Sicherheit zu garantieren. Deshalb nicht nur Strichlisten beim Grenzübergang nach Bayern, sondern echte Grenzkontrollen.
3. Deutschland darf sich in Europa nicht isolieren. Mit diesem Grundsatz ist Deutschland in den vergangenen 70 Jahren gut gefahren. Bei einer wohlfeilen Kritik an unseren Nachbarstaaten sollten wir vorsichtig sein. Wer Italien wegen mangelnder Registrierung der Flüchtlinge auf der Mittelmeerroute kritisiert, sollte sich auf die Entgegnung einstellen: warum lässt Deutschland 300.000 Flüchtlinge einreisen ohne dass sie registriert worden sind?
4. Europäisches Recht muss gelten für alle Staaten und nicht nur à la carte. Eine europäische Gemeinschaft des gebrochenen Rechts hätte keine Zukunft.

5. Die Unterbringung der Flüchtlinge in diesem Winter ist eine riesige Herausforderung. Aber die Integration ist vielleicht um einen Faktor 10 schwieriger, aufwendiger und langfristiger. Integration bedeutet im Klartext, die Zuwanderer sind verpflichtet grundlegende Werte und Traditionen zu akzeptieren und am besten wäre es, wenn sie sie auch übernehmen würden. Ich sage: Integration bedeutet bei den Grundwerten nicht ein Entgegenkommen auf halbem Wege. Die Gleichberechtigung der Frauen gilt uneingeschränkt. Wer ein verstaubtes Frauenbild aus seinen Herkunftsländern mitbringt, darf nicht erwarten, dass Deutschland ihm auf halbem Wege entgegenkommt und Frauenrechte einschränkt. Das gleiche gilt für die Religionsfreiheit.
6. Mit der Türkei des Herrn Erdogan ein Geschäft zu machen, muss gut überlegt werden. Damit der türkische Staatspräsident die Flüchtlingszahl in Grenzen hält, sind finanzielle Zuwendungen richtig. Ein Versprechen auf die EU-Mitgliedschaft ist nicht einhaltbar und eine völlige Freizügigkeit und ein Wegfall der Visa-Pflicht ab dem Sommer

diesen Jahres höchst gefährlich. Warum?
Die mühsam erreichten Erfolge für die
Integration von nachziehenden
Ehepartnern wären damit gefährdet.

7. Wir dürfen die eigenen Leute nicht
vergessen. Konkurrenzsituation zwischen
Einheimischen und Zuwanderern findet
bereits jetzt statt. In München angesichts
des eklatanten Mangels von Wohnraum.
Damit es nicht zu Berichten Münchner
Medien kommt mit der Überschrift
„Flüchtlinge verdrängen Migranten“ wie in
der SZ vom 2. Juni 2014.

Und gestatten Sie mir am Ende noch ein
Münchner Thema anzusprechen. In unserer
Heimatstadt soll ein Islamzentrum errichtet
werden. Dazu sind viele Millionen für die
Finanzierung notwendig. Ein anonymer
Spender möchte derzeit seinen Namen nicht
nennen. Wir sagen: Transparenz ist nötig! Ein
Spender hat keinerlei Nachteile in
Deutschland zu befürchten, wenn er sich mit
offenem Gesicht unverhüllt zeigt. Jetzt
schreibt der Münchner Merkur, die Spende
sei in Gefahr, weil Vizekanzler Sigmar Gabriel
Anfang Dezember den Heimatstaat des
anonymen Spenders, nämlich Saudi-Arabien
kritisiert habe. Ich möchte dem Vorsitzenden

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vizebundeskanzler verteidigen, wie es guter Brauch in der Großen Koalition ist. Wenn ein Interview des Vorsitzenden der SPD dazu führt, dass eine in Absicht genommene Spende zurückgezogen wird, dann hat Saudi-Arabien nicht verstanden, was Meinungsfreiheit in Deutschland bedeutet.

Wir stehen am Anfang eines Jahres, das uns viel Ungewisses bringt. Wir hoffen darauf, dass wir es gemeinsam gut bewältigen. Deshalb ist in diesem Jahr ein Neujahrsgebet des Pfarrers von St. Lamberti zu Münster aus dem Jahr 1883 besonders angemessen. Damals predigte Pfarrer Hermann Kappen:
Herr, setze dem Überfluss Grenzen und lasse die Grenzen überflüssig werden.
Lasse die Leute kein falsches Geld machen und auch das Geld keine falschen Leute.
Nimm den Ehefrauen das letzte Wort und erinnere die Männer an ihr erstes.
Herr, Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen aber nicht sofort.

Ich wünsche uns allen ein gutes, ein erfolgreiches, ein gesegnetes Jahr 2016.